

# Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



## Französischpflicht am Rhein

- Eltern sammeln für Klage

## Ostergeschenk für Politiker

- Bildungseier ins Nest gelegt

## Lernen auf dem Bauernhof

- Unterricht mit Milchkuh und Mistgabel

## Lehrerausbildung

- Ach, Sie forschen auch?

## Neue Kooperationswege

- Das Bildungshaus von 3–10

## Gymnasium aktuell

- Neue Oberstufenreform
- Das deutsche Apfel-Birnen-Abitur

## Qualitätssicherung

- Das OES-Konzept

## Inhaltsverzeichnis

Eltern sammeln für Klage . . . . .	3	Kaum eine Schule ohne Mobbingfälle . . . . .	14
Bildungseier ins Nest gelegt . . . . .	4	Modellprojekt Bildungshaus 3–10 gestartet . . . . .	14
Bildungspreis für Ökonomie-Schulprojekte . . . . .	5	Mehr Schutz auf dem Schulweg . . . . .	15
Schulräte führen sich überflüssig . . . . .	5	Sportlehrer und Übungsleiter als Vorbilder . . . . .	17
Unterricht mit Milchkuh und Mistgabel . . . . .	6	Die Berufswelt in der Schule . . . . .	18
Ach, Sie forschen auch? . . . . .	8	Weitere Reformen für Oberstufe und Abitur . . . . .	19
Klares Nein zur Raucherecke . . . . .	10	Das deutsche Apfel-Birnen-Abitur . . . . .	20
Elternforum Bildung lehnt „Einheitsschule“ ab . . . . .	11	Mit OES die Qualität verbessern . . . . .	22
Benachteiligten Kindern Perspektiven bieten . . . . .	12	Der Landeselternbeirat / Kurz vor Schluss . . . . .	24
Klasse 10 – Endstation für Legastheniker? . . . . .	13		



Christiane Staab,  
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

Lehrerfortbildung und Lehrerausbildung, das sind die großen Themen, mit welchen wir uns in diesem Heft beschäftigen werden. Qualitätsentwicklung, neue Unterrichtsmodelle, Bildungsplanreform und viele Neuerungen im Schulwesen können nur funktionieren, wenn die Lehrerinnen und Lehrer konsequent im Umgang mit den neuen Methoden geschult werden. Aber wie im ganzen Bildungsbereich wurde auch hier der Rotstift angesetzt. Anstatt in Neuerungen Geld zu investieren geht man im „Kinderland“ den Weg, eine Neuerung anzukündigen und gleichzeitig Ressourcen einzusparen. Leider glauben wir Mitglieder im Landeselternbeirat nicht mehr an das Zauberpaket „Mehr Qualität für weniger Geld“. Zu oft haben wir in den vergangenen Monaten erfahren, dass gute Vorlagen unter einem Einsparzwang zum bloßen Papiertiger werden. Im besten Falle „ressourcenneutral“, im schlimmsten Fall mit handfesten Einsparungen versehen, verkommt die Bildung unserer Kinder zu einem Steinbruch, aus dem man sich kurzfristig seitens der Landesregierung gerne bedient. Das ist genauso wenig nachhaltig wie die Abholzung der Wälder. Leider rächt sich die schlechte Bildung erst in vielen Jahren und ist daher, ohne im Moment negative Auswirkungen zu befürchten, nach Belieben abzubauen. Erst als der Boden erodierte, wachte man auf und begann ZWEI neue Bäume für

einen gefälltten zu setzen. Wieviele Kinder müssen wir noch verlieren, bevor die Politik endlich aufwacht und in Schulen und Bildung investiert?

Aber: Das Murren der Bevölkerung wird überhört, auch wenn es noch so laut ist. Nun hat der Kultusminister alle Gymnasiasten zu einer durch ihn je nach Wohnort des Kindes festgelegten Pflichtfremdsprache vergattert. Landesweit bestehende Schulkonzepte, die einen Beginn mit Englisch, Latein oder Französisch vorsahen, wurden abgeschafft und aus Stuttgart wird nun vorgeschrieben, welche Sprache jedes Kind zu erlernen hat. Umzug hin, Begabung her. Es wird nun an den Gerichten sein, zu entscheiden, ob dies noch gleiche Bildungschancen innerhalb Baden-Württembergs sind, und vor allem, ob die Freizügigkeit für die Eltern in der mobilen Wirtschaftsregion Südwestdeutschland gewahrt ist. Schade, dass der Weg zu eigenständigen Schulen, Erziehungspartnerschaft, Förderung des Elterninteresses an der Bildung ihrer Kinder, begabungsgerechte Förderung von Kindern und viele weitere Ziele, die man sich im „Kinderland“ gewünscht hätte, so schnell und mit der Mehrheit der abstimmenden Parteivertreter im Landtag beendet werden.

Ihre Christiane Staab

**Impressum:** Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Wiesenblick 6, 72250 Freudenstadt, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Anette Soppa (as), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: <http://www.neckar-verlag.de> – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

## Ach, Sie forschen auch?

### Was Eltern schon immer über Pädagogische Hochschulen wissen wollten

Was erwarten Eltern von Lehrerinnen und Lehrern und was davon vermittelt ihnen die Pädagogische Hochschule? Liesel Hermes, Leiterin der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe, zeigt auf, was ihre Institution leisten soll und kann.

Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, in dem es noch Pädagogische Hochschulen gibt, und zwar in Freiburg, Heidelberg, Karlsruhe, Ludwigsburg, Schwäbisch-Gmünd und Weingarten. Sie bilden für die Lehrämter an Grund-, Haupt- und Realschulen sowie an Sonderschulen (Letzteres nur an den Standorten Heidelberg und Reutlingen) aus. Karlsruhe und Freiburg bieten das Europalehramt (bilinguale Studiengänge) für Grund-, Haupt- und Realschule an. Darüber hinaus gibt es Diplom- und Diplomaufbau-Studiengänge und – zusammen mit Fachhochschulen – die Gewerbelehrerbildung an einzelnen Standorten. Als wissenschaftliche Hochschulen haben die Pädagogischen Hochschulen das Promotionsrecht (zum Dr. phil. oder Dr. paed.) und das Habilitationsrecht.

Was erwarten Eltern von Lehrerinnen und Lehrern, die ihre Kinder unterrichten, und was wird damit wohl allgemein auch von den genannten Studiengängen erwartet? Die folgende Liste ist vermutlich nicht vollständig:

- *Fachliche Kompetenz*: nämlich ein solides Fachwissen in den studierten Fächern, die unterrichtet werden.
- *methodische Kompetenz*: solide fachdidaktische und methodische Kenntnisse sowie die Fähigkeit, lerngruppenspezifisch abwechslungsreich, fundiert und motivierend zu unterrichten.
- *pädagogische Kompetenz*: nicht nur die Kenntnis erziehungswissenschaftlicher Theorien und Konzeptionen, sondern auch die Fähigkeit, diese in praktisches Handeln zu überführen, und die Fähigkeit, andere für etwas begeistern zu können.
- *Sozialkompetenz*: die Fähigkeit, soziales Lernen zu ermöglichen, Kinder individuell zu fördern und soziale Werte zu vermitteln.
- *diagnostische Kompetenz*: den jeweiligen Lernstand der Schülerinnen und Schüler zu kennen, Defizite zu diagnostizieren und Gründe dafür zu eruieren sowie die Defizite zu beheben.
- *psychologische Kompetenz*: Kenntnis der Entwicklungs-, Lern- und Sozialpsychologie sowie die Anwendung dieser Kenntnisse im Unterricht.
- *ethisch-moralische Kompetenz*: ethische Konzeptionen zu kennen, ethische Werte unter Einschluss so genannter Sekundärtugenden wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Ordnungsliebe zu vermitteln und selbst vorzuleben, moralische Autorität zu sein.
- *Medienkompetenz*: Kenntnis der neueren Medien und ihrer Funktion im Unterricht sowie die Fähigkeit, Jugendliche an den verantwortlichen und selbstständigen Umgang mit ihnen heranzuführen.

Ist das schon alles? Wohl kaum, denn zusätzlich erwarten Eltern von Lehrerinnen und Lehrern mit großer Wahrscheinlichkeit

- Humor,
- Freude am Beruf und am Umgang mit Kindern und Jugendlichen,
- hohe Motivation und immerwährendes Engagement,
- Zuverlässigkeit,
- eiserne Gesundheit und starke Nerven,
- mitreißenden Optimismus.

Was kann die Pädagogische Hochschule im Rahmen ihrer Studiengänge dazu beitragen, damit solche Lehrerpersönlichkeiten die Schulen bevölkern? Sicher eine Menge, aber vermutlich nicht ganz so viel, wie sich die Hochschule selbst wünschen würde, die ja nur für die erste Phase des Studiums zuständig ist, an die sich der so genannte Vorbereitungsdienst anschließt.

Dazu sei ein kurzer Blick auf die Studiengänge erlaubt, die aufgrund sehr rigider Prüfungsordnungen stark durchstrukturiert und modularisiert sowie so komplex organisiert sind, dass sie hier nur verkürzt und in allgemeinen Umrissen dargestellt werden können. Diese Prüfungsordnungen werden vom Kultusministerium erlassen.

Das Lehramtsstudium für die Grund- und Hauptschule, das zurzeit noch ein Verbundstudium ist, umfasst sechs Semester sowie ein Prüfungssemester, das Lehramtsstudium für Realschulen sieben Semester sowie ein Prüfungssemester, das Lehramtsstudium für Sonderschulen sowie die Europa-lehramtsstudiengänge jeweils acht Semester. Allen Studiengängen gemeinsam sind der erziehungs- oder bildungswissenschaftliche Bereich, das Studium dreier Fächer mit unterschiedlicher Intensität sowie die Ableistung von mehreren Schulpraktika (sowohl während des Semesters in Tagespraktika als auch in Form von vierwöchigen Blockpraktika).

Das modularisierte Studium bedeutet in allen Fällen eine hohe Zahl verbindlich zu besuchender Lehrveranstaltungen mit abschließenden Modulprüfungen, deren Noten in die Examensnote einfließt. Den hohen Grad an Strukturiertheit mag man einerseits begrüßen, da diese eine spätere Umstellung auf BA- und MA-Abschlüsse möglicherweise erleichtern kann.

#### Kaum Zeit für neue Horizonte

Andererseits darf man nicht verkennen, dass der geringe Spielraum, der für die eigene Gestaltung des Studiums besteht, auch zu einem bestimmten Studierverhalten führt, nämlich zum „Ableisten“ von Pflichtveranstaltungen, verbunden mit einer eher geringen Bereitschaft, sich außerhalb des Pflichtbereichs zu engagieren und Lehrveranstaltungen zu besuchen, die neue Horizonte eröffnen könnten. Die rein quantitative Belastung durch Pflichtveranstaltungen erlaubt in meinen Augen nicht genügend, dass sich die Studierenden in Ruhe in eine Fragestellung oder ein Forschungsproblem vertiefen können und dass sie lernen, eigenverantwortlich und autonom zu arbeiten.

Was das Studium aber bietet, ist die ausgezeichnete Verknüpfung von Theorie und Praxis, von fachwissenschaftlicher und fachdidaktischer Lehre im Verein mit unterrichtspraktischen Erfahrungen und eigener unterrichtender Tätigkeit.

So können sich die Studierenden gerade in den Praktika mit der Schulform des von ihnen gewählten Studienschwerpunktes vertraut machen, Unterricht beobachten, planen und ihn selbst halten. Darüber hinaus lernen sie, den eigenen Unterricht zu reflektieren. Diese Art der Vorbereitung auf den späteren Beruf, die Verknüpfung von fachwissenschaftlichen, fachdidaktischen und berufswissenschaftlichen Studienkomponenten, zeichnet das Studium an Pädagogischen Hochschulen aus.

### Europalehramt wird immer beliebter

Die Studierenden der Europalehrämter, deren Ziel die Erteilung des bilingualen Unterrichts ist, also eines Sachfaches (z. B. Geschichte, Geographie, Politik, Biologie) in einer der beiden Fremdsprachen Englisch oder Französisch, verbringen ein Pflichtsemester (meist auf eigene Kosten) an einer Partneruniversität im englisch- oder französischsprachigen Ausland, wo sie vor allem ihr Sachfach studieren. Studienkomponenten sind außerdem Theorien des bilingualen Unterrichts sowie Europastudien. Eine schriftliche und mündliche Aufnahmeprüfung garantiert, dass nur wirklich motivierte junge Menschen dieses Studium aufnehmen. Die wachsende Zahl an Bewerberinnen (das Studium wird nur von sehr wenigen Studenten gewählt) aus dem gesamten Bundesgebiet zeigt, dass sich das Europalehramt immer größerer Beliebtheit erfreut. Aufgabe der Politik und im Interesse der Elternschaft scheint es mir zu sein, dass bilingualer Sachfachunterricht in den Schulen, vor allem in den Realschulen, als Schulprofil häufiger gewählt wird.

Ziel eines jeden Studienganges ist es, die Studierenden nach dem erfolgreich abgelegten Staatsexamen mit soliden bildungs- und fachwissenschaftlichen sowie fachdidaktischen Kenntnissen, mit theoretisch fundierter und immer wieder reflektierter Unterrichtspraxis in die zweite Phase zu entlassen. Es versteht sich dabei von selbst, dass die 6–8 Semester nur einen ersten Grundstein legen können, dass gerade der Lehrerberuf zum lebenslangen Lernen verpflichtet. Die Pädagogische Hochschule muss also ihre Studierenden idealiter mit den Fähigkeiten zum eigenverantwortlichen Lernen und Arbeiten, zur gedanklichen Durchdringung von pädagogischen Fragen und Problemen und zum pädagogisch verantwortlichen Handeln ausstatten. Denn junge Lehrerinnen und Lehrer müssen sich in einer sich rasch ändernden Welt zurechtfinden und sich z. B. an neue Unterrichtsverfahren, an die Erfordernisse von Ganztagschulen etc. gewöhnen und darauf professionell reagieren können. Der Grundstein zu ihrer Professionalität wird in der Pädagogischen Hochschule gelegt.

### Kein Studium von Fächerverbänden

Es ist daher verfehlt, wenn beispielsweise bei einer Änderung von schulischen Lehrplänen oder der Einführung von Fächerverbänden die Hochschule direkt gefragt wird, ob das denn nun auch „Lernstoff“ der Studierenden an Pädagogischen Hochschulen sei. Dazu ein Beispiel: In den baden-württembergischen Bildungsplänen von 2004 sind die Fächerverbände für die verschiedenen Schultypen aufgelistet. Es sind dies:

- in der **Grundschule** die Fächerverbände
  - Mensch, Natur und Kultur sowie
  - Bewegung, Spiel und Sport;

- in der **Hauptschule** die Fächerverbände
  - Materie – Natur – Technik,
  - Wirtschaft – Arbeit – Gesundheit,
  - Musik – Sport – Gestalten sowie
  - Welt – Zeit – Gesellschaft;
- in der **Realschule** die Fächerverbände
  - naturwissenschaftliches Arbeiten (NWA) sowie
  - Erdkunde – Wirtschaftskunde – Gemeinschaftskunde.

Es soll hier nicht um eine Wertung dieser Fächerverbände und den Sinn und Zweck interdisziplinären Unterrichtens gehen, sondern um die Tatsache, dass sie in den verschiedenen Schultypen höchst unterschiedlich organisiert sind und dass daher bereits für das Verbundstudium für die Grund- und Hauptschule ein Studium der Fächerverbände im schulischen Sinne nicht möglich ist. Hinzu kommt das in meinen Augen noch gewichtigere Argument, dass man kaum Verbände verantwortungsvoll unterrichten kann, ehe man nicht die Einzeldisziplinen wenigstens im „Ansatz“ studiert hat. Zusammenhänge und interdisziplinäre Fragen kann man erst dann angehen, wenn man weiß, worum es in der einzelnen Fachdisziplin eigentlich geht.

Aus dieser Art der Frage nach der unmittelbaren Übernahme von kultusministeriellen Entscheidungen in die Curricula der Lehrämter wird ein grundsätzliches Missverständnis des Lehramtsstudiums deutlich. Die Pädagogische Hochschule ist keine nachgeordnete Behörde des Kultusministeriums, die kleinschrittig und kurzatmig auf jeweilige schulpolitische Vorgaben reagiert und Inhalte und Organisationsformen, die vielleicht einige wenige Jahre Bestand haben, hastig in das eigene Curriculum integriert. Die Studierenden, die die Hochschule verlassen, werden sich auch noch in 30 Jahren mit bildungs- und schulpolitischen Fragen und Forderungen auseinandersetzen müssen. Das bedeutet, sie brauchen die Fähigkeit, Neues zu reflektieren und in verantwortlicher Weise aufzunehmen, sich weiter zu bilden und verantwortungsbewusst auf sich wandelnde Anforderungen zu reagieren.

Das können sie dann, wenn sie in ihrem Studium Selbstständigkeit gelernt und Gelegenheit erhalten haben, an Forschungsfragen und -projekten, die die Schule und den Unterricht betreffen mitzuarbeiten. Die Professorinnen und Professoren, aber auch zahlreiche Angehörige des akademischen Mittelbaus der Pädagogischen Hochschule führen Forschungsprojekte verschiedenster Art durch und sind mit an europäischen Forschungsprojekten beteiligt.

Diese sind häufig empirisch angelegt und betreffen in immer stärkerem Maße die Bildungs- und Unterrichtsforschung.

Somit werden die Studierenden im Laufe ihres Studiums an Forschungsfragen herangeführt, sind an Forschungsprojekten beteiligt und führen selbst kleine Projekte durch, die Eingang in wissenschaftliche Hausarbeiten (Staatsexamensarbeiten) finden können.

Abschließend möchte ich nur einige wenige Themen nennen:

- Bilingualer Politikunterricht in der Grundschule;
- Chancen und Risiken familiennaher Adoleszenz von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund am Beispiel der Medienkompetenz;
- Das Spiel als Kulturtechnik – Internationales Forschungsprojekt zum deutschen und japanischen Ethikunterricht;

- Explorative Wirkungsuntersuchungen an Ganztagschulen in Baden-Württemberg;
- „Gewässerrucksack“: Entwicklung und Erprobung kindgerechter Ausrüstung für Gewässeruntersuchungen;
- Wie Kinder die Welt sehen (Interdisziplinäres Projekt).

Wer Interesse an mehr Information hat ist eingeladen, auf die Homepage der Pädagogischen Hochschule Karlsruhe [www.ph-karlsruhe.de](http://www.ph-karlsruhe.de) zu schauen. Dort sind auch alle Forschungsaktivitäten und -projekte der Hochschule dokumentiert:

<http://www.ph-karlsruhe.de/cms/index.php?id=forschung>

## Klares Nein zur Raucherecke

### Landeselternbeirat fordert die „Rauchfreie Schule“

Der Landeselternbeirat hat einstimmig gefordert, dass ein generelles Rauchverbot in Schulen und auf dem Schulgelände (Pausenhof) gelten soll, und zwar gleichermaßen für Schüler und Lehrer.

Damit stimmt der Landeselternbeirat dem Entwurf des Sozialministeriums zu und begründet die Forderung nach einem Rauchverbot an Schulen wie folgt:

1. Der Landeselternbeirat versteht dieses Verbot als eine klare Absage an Nikotinkonsum an Schulen. Rauchen ist erwiesenermaßen schädlich, vor allem für den noch nicht ausgereiften Körper von Kindern und Jugendlichen. Je jünger Kinder in die Abhängigkeit geraten, desto heftiger wird die Sucht. Daran kann niemandem gelegen sein.
2. Daraus folgt, dass die Prävention und konkrete Anleitung zum Beenden des Rauchens gleichzeitig mit dem Rauchverbot in der Schule Raum finden müssen. Der Ansatz, Kinder gegen Suchtmittel zu stärken, muss umfassend in Schule und Elternhaus verfolgt und umgesetzt werden. Pädagogische Überzeugungsarbeit ist zu leisten; unpädagogische Sanktionen und Schulstrafen lehnt der Landeselternbeirat ab.
3. Das Rauchverbot muss selbstverständlich auch für die Lehrpersonen und das Personal der Schule gelten: in vielen anderen öffentlichen Einrichtungen gilt zukünftig ein Rauchverbot. Ein solches Verbot muss besonders für Schulen gelten, wo der Schutz und die Erziehung von Kindern und Jugendlichen im Vordergrund stehen. Lehrer sind als Pädagogen in besonderer Weise zu „vorbildlichem“ Verhalten verpflichtet.
4. Der Landeselternbeirat begrüßt es, dass schon in der Vergangenheit viele Schulen freiwillig ein Rauchverbot eingeführt haben. Er will seine Forderung als Anstoß verstanden wissen, dass das Rauchen in Schulen unabhängig von den mitunter zufälligen Mehrheitsverhältnissen in der Schulkonferenz tabu ist und bleibt. Eine Verlagerung von für die Politik „unbequemen“ Entscheidungen auf die Schulgemeinschaft belastet das innerschulische Klima. Politiker dürfen sich hier nicht aus der Verantwortung stellen. Es entsteht sonst auch der Eindruck, dass nicht das Wohl der Kinder an erster Stelle steht.

## Direktoren warnen vor Kleinstateerei

Die Bundes-Direktoren-Konferenz (BDK) hat sich mit der Frage der künftigen Lehrerbildung an den Universitäten (1. Phase) beschäftigt.

Ein Überblick über die Pläne zur Neustrukturierung der Lehramtsstudiengänge im Zusammenhang mit dem Bologna-Prozess zeige in erschreckendem Maß die unterschiedlichen Ansätze einzelner Bundesländer und Universitäten auf. Die BDK befürchtet eine Auseinanderentwicklung der Lehramtsstudiengänge mit nicht mehr durchschaubarer inhaltlicher Ausrichtung und Konsequenzen für die gegenseitige Anerkennung der Abschlüsse und hat folgende Forderungen für die Ausgestaltung der Lehramtsstudiengänge aufgestellt:

- die Lehramtsstudiengänge an den Universitäten durch ein eigenes Profil aufzuwerten;
- insbesondere das Grundstudium (Bachelor-Phase) so zu gestalten, dass nach dem Bachelor eine Umorientierung auf andere Studiengänge möglich ist;
- die fachwissenschaftliche Ausrichtung des Studiums in zwei Fächern bei aller notwendigen Verankerung der Bildungswissenschaften (wie Pädagogik, Psychologie, Fachdidaktik) als eine der tragenden Säulen des Lehramtsstudiums in dem Umfang vorzusehen, der dem gymnasialen Bildungsauftrag gerecht wird;

- Praktika als verpflichtenden Bestandteil bereits in der Bachelor-Phase in allen Bundesländern möglichst einheitlich so einzuplanen, dass sie von den Schulen inhaltlich wie personell geleistet werden können;
- die 2. Phase der Lehrerbildung (Referendariat) nach dem erfolgreichen Abschluss des Masterstudiengangs als unverzichtbare und eigenständige Ausbildung in der Praxis zu erhalten;
- die Lehramtsstudiengänge so vergleichbar zu machen, dass eine Anerkennung der Abschlüsse zwischen allen Bundesländern und ein Lehrerwechsel unproblematisch möglich sind.

Von der Qualität der Lehrerbildung in der 1. und 2. Phase hänge die Qualität der Lehrkräfte und damit die Qualität des Schulwesens ab. Die Attraktivität des Lehramtsstudiums erhöht man nach Überzeugung der BDK über die Attraktivität des Berufs, die dann erreicht wird, wenn das Arbeitsumfeld und die Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte entsprechend attraktiv sind.

Die Bundes-Direktoren-Konferenz ist das ausführende Organ der Bundesvereinigung der Oberstudiendirektoren, in der über die Landesverbände ca. 70% der Leiter von Gymnasien organisiert sind.